

Wahlkompass zur Frankfurter Kommunalwahl



Das Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA hat eine Umfrage an Parteien gesandt, die zur Kommunalwahl antreten. CDU, SPD, Grüne, die LINKE, FDP und Piraten haben sich daran beteiligt. Nachfolgend haben wir die Antworten ausgewertet. Die ausführlichen Antworten lesen sie auf unserer Website unter

<https://ttipstoppenffm.wordpress.com>

1. Transparenz

CDU und FDP fühlen sich ausreichend über die Verhandlungen informiert, die SPD zum Teil, die anderen Parteien bemängeln nach wie vor erhebliche Intransparenz.

2. Schiedsgerichte

Unternehmen sollen Staaten auf entgangenen Gewinn verklagen dürfen. Bei CETA werden diese Klagen vor Schiedsgerichten verhandelt, die von Wirtschaftsanwälten geführt werden. Es steht zudem der Vorschlag im Raum, hierfür einen internationalen Handelsgerichtshof einzurichten. Die LINKE, SPD und Piraten sehen das sehr kritisch. Die CDU plädiert dafür auf eine Sondergerichtsbarkeit zu verzichten. FDP und Grüne können einem internationalen Handelsgerichtshof etwas abgewinnen.

3. Regulatorische Kooperation (lebendige Abkommen)

Alle Parteien möchten keine Kompetenzen für demokratische Entscheidungen über künftige Veränderungen von Freihandelsabkommen abgeben.

4. ILO Arbeitsnormen

Die ILO Kernarbeitsnormen werden von allen Parteien begrüßt und mit Ausnahme der CDU wird ihre Anerkennung zur Bedingung für Freihandelsabkommen gemacht. Die Frankfurter CDU möchte in den Verhandlungen erreichen, dass die ILO Kernarbeitsnormen auch von den Partnerländern anerkannt werden.

5. Mietpreisbremse

Bis auf die FDP wollen alle Parteien die Entscheidungshoheit über mietdämpfende Maßnahmen und somit die Handlungsfähigkeit der Stadt Frankfurt erhalten.

6. Rekommunalisierung

Die Rekommunalisierung von privatisierten Wirtschaftsbetrieben wird mit CETA unmöglich. Das lehnen die Frankfurter Parteien mit Ausnahme der FDP ab, die für weitere Privatisierungen eintritt.

7. Vorteile für Bürger/-innen und die Kommune

Die CDU sieht wirtschaftliche Vorteile durch mehr Handel. Für die FDP profitieren die Bürger/-innen von einem noch offeneren US Markt. Die Grünen verweisen auf die nicht vorhandene Kenntnis der Verhandlungstexte. SPD, Piraten und die LINKE sehen keine Vorteile.

8. Initiativen im neuen Stadtparlament

Alle Parteien wollen weiter informieren. Grüne, die LINKE, SPD und Piraten unterstützen das Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA. Die Auswirkungen auf die Kommune wollen aber auch Grüne und CDU unterstützen. Eine Positionierung der Stadtverordnetenversammlung unterstützen SPD, die LINKE und Piraten. Die LINKE will außerparlamentarische Aktionen und Bewegung unterstützen.

Hier die Antworten auf unsere Fragen im Überblick

	Die Grünen	Die Linke	SPD	CDU	FDP	Piraten
Frage 1: Transparenz Selbst Bundestagsabgeordnete haben erst seit kurzem die Möglichkeit unter sehr eingeschränkten Bedingungen die TTIP-Verhandlungstexte einzusehen. Fühlen Sie sich als PolitikerIn ausreichend informiert?	Nein	Nein	Teils, teils.	Ja	Ja	Nein
Frage 2: ISDS Wie ist ihre Einstellung zu dem Investor-Staat Schiedsgerichtverfahren (ISDS) in CETA, und dem vorgeschlagenen internationalen Handelsgerichtshof (ICS) in TTIP? Brauchen wir eine solche Paralleljustiz und/oder wer hätte Ihrer Meinung nach einen Vorteil dadurch?	ISDS Kritisch. ICS eher positiv	Kritisch	Kritisch	Nicht notwendig	ICS positiv	Kritisch
Frage 3: Regulatorische Kooperation Als lebendige Abkommen sollen TTIP und CETA auch nach Vertragsabschluss ständig verändert werden, ohne dass EU Parlament oder Zivilgesellschaft beteiligt werden. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt?	Kritisch	Kritisch	Kritisch	Ggfls. Kritisch	Ggfls. Kritisch	Kritisch
Frage 4: ILO Normen Lehnen Sie TTIP und CETA ab, wenn die ILO Kernarbeitsnormen nach europäischem Standard nicht vertraglich festgelegt werden?	Ja	Ja	Ja	Ziel: ILO Anerkennung der Vertragspartner	Eher ja	Ja
Frage 5: Mietpreisbremse Die Mietpreisbremse kann als Handelshemmnis betrachtet werden. Über ein Schiedsgerichtsverfahren können Investoren die Kommunen auf entgangene Gewinne verklagen. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt im Hinblick auf die Handlungsfähigkeit ihrer Kommune?	MPB erhalten	Kritisch	Kritisch ggfls. Klage BVG	Kritisch	MPB wird abgelehnt	Kritisch

<p>Frage 6: Rekommunalisierung Das Abkommen CETA sieht vor, dass einmal privatisierte kommunale Dienstleistungen nicht mehr rekommunalisiert werden können, d.h. die Privatisierung kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Wie bewerten Sie diesen Sachverhalt im Hinblick auf Frankfurt?</p>	R. erhalten	Kritisch	Kritisch	Kritisch	Privatisierung positiv	Kritisch
<p>Frage 7: Auswirkungen für Bürger und Kommunen Welche Vorteile hätten Ihrer Meinung nach Bürger und Kommunen, wenn TTIP und CETA tatsächlich abgeschlossen würden?</p>	unklar	Keine	Keine	Wirtschaftliche Vorteile kommen Bürgern zugute	Bürger profitieren von offenem US Markt	Keine
<p>Frage 8: Eigene Initiative Was würden Sie, falls Sie einen Sitz im neuen Stadtparlament erhalten, in punkto TTIP und CETA unternehmen (bitte ankreuzen; Mehrfachantworten möglich)?</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nichts 2. Eine Informationsveranstaltung der Stadt für Ihre BürgerInnen zum Thema Folgen von TTIP, CETA & TISA im Stadtparlament beantragen. 3. Einen Antrag stellen, dass sich die Kommune wie viele andere deutsche Großstädte (e.g., Köln, Bonn) gegen TTIP positioniert. 4. In überfraktioneller Zusammenarbeit und in Kooperation mit dem Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA & TISA eine Initiative zur Offenlegung aller Dokumente initiieren/unterstützen, die die kommunalen Interessen betreffen. 5. Etwas anderes: Aufklärung der Frankfurter/-innen zum Thema ebenso fördern wie Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen, also Bewegung! 	Die Frankfurter GRÜNEN unterstützen das „Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA“. Die GRÜNEN im Römer haben bereits o.g. Antrag eingebracht. Wir werden das Thema weiterhin kritisch verfolgen und ggf. parlamentarisch aktiv werden.	1,2,3,4, 5 Etwas anderes: Aufklärung der Frankfurter/-innen zum Thema ebenso fördern wie Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen, also Bewegung!	2,3,4	Ggfls. wollen wir, dass die Stadt Frankfurt ihre Position in dem kommenden Ratifizierungsverfahren geltend macht.	Veranstaltungen und öffentlichen Diskussionen	2,3,4